Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 16,850.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 127. **Sonnabend** den 7. Mai 1881. **75. Jahrgang.**

Wegen der Messe
ist unsere Expedition
morgen Sonntag
Vormittags bis 12 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 9. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 25. dieses Monats** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich ausgehängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1415. Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung. Vom 20. April 1881.

Nr. 1416. Verordnung, betreffend die anderweite Festsetzung der Caution der Postagenten. Vom 6. April 1881.

Nr. 1417. Allerhöchster Erlaß, betreffend die Ausführung des Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen der Post und Telegraphen, der Marine und des Reichsheeres. Vom 25. April 1881.

Leipzig, den 3. Mai 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

In Folge der Beschwerden von Pächtern städtischer, an Flüssen gelegener Wiesen machen wir hierdurch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der Besitz der von der hiesigen Fischer-Innung ausgestellten und von dem Polizei-Amt beglaubigten **Fischkarten keineswegs zum Betreten der an den Flüssen anliegenden Grundstücke berechtigt,** vielmehr das **unbefugte Betreten von Wiesen vor beendeter Ernte** nach §. 368 pct. 9 des Strafgesetzbuchs **mit Strafe bedroht** ist und **den Pächtern** außerdem in Gemäßheit §. 488 des Bürgerlichen Gesetzbuches **das Recht der Pfändung zusteht,** übrigens von uns auch neuerdings **das bestehende Verbot des Betretens der städtischen Waldungen außerhalb der gebahnten Wege** durch Bekanntmachung vom 11. März d. J. **unter Strafandrohung eingeschärft** worden ist.

Leipzig, den 23. April 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Locale bleibt unsere Schulgelder-Einnahme am Sonnabend den 7. Mai d. J. für das Publicum geschlossen.

Leipzig, den 4. Mai 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstücke **Reichsstraße Nr. 51** soll ein in der **Hausflur** desselben befindlicher **Verkaufsstand** auf die Zeit **während der diesigen Messen** von und mit der Neujahrsmesse 1882 an nebst der dazu gehörigen für das ganze Jahr zu benutzenden **Niederlage** ebendaselbst von Ende der diesjährigen Michaelismesse an gegen **einhalbjährliche Kündigung** an den **Meistbietenden anderweit vermiethet** werden, wozu wir Versteigerungstermin an Rathsstelle (Rathhaus 1. Etage, Zimmer Nr. 16) auf

Donnerstag den 12. d. M., Vormittags 11 Uhr

anberaumen.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 5. Mai 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

In der Leplay-Straße längs des Irmler'schen Grundstücks sollen Erd- und Pflasterbettungsarbeiten ausgeführt und an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für die Uebernahme dieser Arbeiten liegen im Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. genommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Erd- und Pflasterbettungsarbeiten in der Leplay-Straße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 14. Mai cr. Nachmittags 5 Uhr abzugeben.

Leipzig, am 2. Mai 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 7. Mai.

Im englischen Unterhause hat dieser Tage der durch seine Bestrebungen für eine friedliche Staatenpolitik bekannte Abgeordnete Richards beantragt, zu erklären, es sei wider die englische Verfassung und wider das Völkerrecht, wenn englische Diplomaten und Staatsmänner in anderen Welttheilen im Namen der Nation, aber ohne von derselben dazu autorisirt zu sein und ohne Zustimmung der Centralregierung, Verträge abschlössen und Annexionen vernähmen.

Der Antrag wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt, nachdem Gladstone selbst gegen denselben gesprochen hatte. Die Rede Gladstone's war nicht sonderlich geschickt, denn sie lief in den Wunsch aus, nicht die Stellung der auswärtigen Agenten, sondern die der Centralregierung selbst müsse verbessert werden. Der Antrag Richards' aber zielte doch offenbar darauf ab, die auswärtigen Agenten und ihre Handlungen, indem sie mehr abhängig von der Centralregierung gemacht würden, der Controle des Parlaments zu unterwerfen, von dem die Centralregierung selbst abhängig ist. Wenn Dies gelänge, so würde England und Europa sicherlich manche unheilvolle Verwickelung erspart bleiben. Hat nun auch der Antrag Richards' keine Majorität gefunden, so ist doch einmal der Gedanke angeregt worden, daß die auswärtige Politik einer Reformation unterzogen werden müsse, und dieser Gedanke ist für die Zukunft nicht nur Englands, sondern auch Europas von ungemeiner Wichtigkeit.

Es sind zwei europäische Staaten, welche die Bürgschaft für ihre Zukunft in einer unaufhörlichen Ausdehnung ihres Gebietes suchen — Rußland und England. England sucht das kolossale Gebiet, das es durch den nordamerikanischen Freiheitskampf verloren hat, in Asien und Afrika wiederherzustellen, und Rußland sucht ihm in Asien den Rang streitig zu machen. Die Strecken, welche da erobert werden, sind von ganz ungeheurer Ausdehnung und es werden so Reiche geschaffen, hinter denen das Alexandrinische und das römische Reich zurückbleiben müssen. Man weiß, daß diese Eroberungen nicht gerade mit wählerischen Mitteln vollbracht werden, und Richards hat vollkommen recht, wenn er meint, daß die Art, wie britische Diplomaten machmal verfahren, weder mit der britischen Constitution noch mit dem Völkerrecht in Einklang zu bringen sei. Aber seit wann haben die Grundsätze der britischen Verfassung für ein anderes Land gegolten als für Alt-England?

So ungeheure Reiche, wie sie jetzt von Rußland und England geschaffen werden, können auf die Dauer nicht bestehen. Gerechte oder ererbte Ansprüche, anderen Völkern ihre Selbstständigkeit zu nehmen, sind für England ebenso wenig vorhanden wie für Rußland oder für sonst Jemanden. Danach wird freilich wenig gefragt. Aber das Widerrechtliche, das in solchem Vorgehen liegt, rächt sich, wie alle Schuld auf Erden; einmal müssen solche Reiche bald zerfallen und dann ist der Schaden, den das „Mutterland" davon trägt, größer als aller Gewinn, den es jemals aus denselben gezogen.

Die grauenvollen Scenen, wie wir sie z. B. bei dem großen indischen Aufstand von 1857 gesehen, sind Folgen des Systems, das die Colonien ausplündern muß, um die Kosten für seine eigene Aufrechterhaltung bestreiten zu können. Zum Andern aber sind die Gefahren, die aus der Eifersucht zweier so großen Reiche erwachsen, derart in die Augen springend, daß es Niemand für Schwarzseherei halten wird, wenn man befürchtet, aus dem Vordringen der Russen nach Süden und der Engländer nach Norden werde sich in Asien ein welterschütternder Zusammenstoß ergeben. Wie sehr die beiden Mächte gegen einander intriguiren, ergiebt sich aus den in Kabul vorgefundenen russischen Schriftstücken, und die Russenfreundlichkeit des Herrn Gladstone wird die Interessen beider Mächte und ihr Bestreben, in Asien es einander zuvorzuthun, nicht mit einander versöhnen können.

Aus diesem Verhältniß wird mit der Zeit eine unheilvolle Katastrophe sich ergeben, die ganz Europa, ja die ganze civilisirte Welt in den Wellenschlag ihrer Nachwirkungen hineinziehen kann, und deshalb muß man es als verdienstlich anerkennen, wenn englische Politiker schon jetzt auf den Sitz des Uebels hinweisen und auch Abhülfe verlangen, denn es ist gut, bei Zeiten an diese Dinge zu denken.

Ueber den Eindruck, welchen die letzte Rede des Reichskanzlers im Reichstage hervorbrachte, wird der „M. Z." geschrieben: Als Fürst Bismarck das Wort nahm, sah man, daß er unter dem Eindruck einer übermächtigen Empfindung stand. Mühsam und ruckweise kamen die Worte von seinen Lippen, fortwährend unterbrochen durch unwilliges Räuspern. Alle Bewegungen ließen die heftige Erregung erkennen, die in dem Redner arbeitete. Zorn und weichere Stimmung wechselten und gegen das Ende der langen Rede ließ sich eine zunehmende Erschöpfung bei dem Kanzler nicht verkennen. Wo die Quelle dieser Erregung lag, trauen wir uns nicht zu zu erforschen. So viel war klar, daß die Rede in ihrer Endabsicht darauf abzielte, Herrn v. Bennigsen und seine Freunde an die gemäßigten conservativen Elemente zu ketten und vor den Wagen der Bismarck'schen Politik quand même zu spannen. Es war im Grunde eine Wiederholung bekannter Auslassungen in der „Nordd. Allg. Ztg." oder doch eine Rede, welche die Divinationsgabe dieses oft verleugneten Leiborgans in vielen Puncten aufs Neue bewundern ließ. Nach einer von Bitterkeit zum Ueberfließen erfüllten Charakteristik der parlamentarischen Zustände mit sehr deutlicher Spitze gegen die nationalliberale Partei, deren frühere Mitwirkung für ihn zumeist ein aufreibender Kampf gewesen sei, wandte sich der Kanzler nicht ohne herzliches Pathos an Herrn v. Bennigsen persönlich, der ihm in der That vielfach ein treuer Helfer gewesen sei und dem Deutschland für seine Verdienste ewigen Dank schulde; er möge sich vor der Hinneigung nach links hüten.

Ueber die zwei entscheidendsten Puncte des Unfallversicherungsgesetzes ist die Commission bereits zu einer Beschlußfassung gekommen: Die Reichsanstalt ist beseitigt und durch Versicherungscassen der Einzelstaaten ersetzt worden; der Reichszuschuß ist abgelehnt und die Aufbringung der Versicherungsprämien, ohne Unterschied der Lohnhöhe, der Industrie selbst und ausschließlich, zu ⅔ den den Arbeitgebern, zu ⅓ den Arbeitern, auferlegt. Mit dem ersteren Beschluß soll sich angeblich der Reichskanzler einverstanden erklärt haben, und in Erinnerung an den Franckenstein'schen Antrag wird man es nicht für unglaublich halten, daß der Reichskanzler dies Zugeständniß an den Particularismus gemacht und sich entschlossen hat, auch seinem socialen Reformwerk den föderalistischen Stempel aufzudrücken, ohne den es das Centrum nun einmal nicht thut. Dafür hat er die Aussicht, dies Versicherungsgeschäft wenigstens ganz in Staatshände zu bringen und die unliebsame Concurrenz von Privatgesellschaften auszuschließen. Gegen die Streichung des Reichszuschusses hat sich der Staatssecretair von Bötticher mit ziemlicher Entschiedenheit erklärt und es ist bekannt, daß der Reichskanzler gerade auf diese Bestimmung einen sehr hohen Werth legt. Gleichwohl hat sich sowohl im Plenum als in der Commission eine Majorität, die sich aus allen Parteien außer den Conservativen zusammensetzte, mit solcher Entschiedenheit gegen einen Reichs- oder Staatsbeitrag, der dieser Reform recht eigentlich den „staatssocialistischen" Charakter verleiht, aufgesprochen, daß seltsame Sinnesänderungen vorgehen müßten, wenn das Gesetz mit diesem Princip durchdringen sollte. Hat wirklich der Reichskanzler dem Centrum den Gefallen gethan, das nationale Institut der Reichsanstalt preiszugeben, so hat er damit augenscheinlich nicht einmal die Zustimmung zu dem andern Edstein seiner Vorlage erreicht. Die Gaben des Centrums werden immer geringer und die dafür gezahlten Preise immer höher.

Bei der Fortsetzung der Berathung des die Bestrafung der Trunkenheit betreffenden Gesetzentwurfs in der Commission wurde der §. 3 der Vorlage (Schärfung der gegen Trunksüchtige erkannten Haftstrafe durch Schmälerung der Kost) von verschiedenen Mitgliedern lebhaft angegriffen und nach längerer Debatte mit 6 gegen 5 Stimmen beseitigt, womit auch §. 4 fortfiel. Dagegen stießen die Grundgedanken des §. 5 (wonach unter gewissen Voraussetzungen die wegen Trunkenheit zu Haftstrafe Verurtheilten zu Arbeiten, welche ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, innerhalb und außerhalb der Strafanstalt angehalten, ferner nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde überwiesen werden können, und wonach endlich in letzterem Falle die Landespolizeibehörde ihre Unterbringung in eine zur Heilung oder Verwahrung von Trunksüchtigen bestimmte Anstalt anordnen kann) nicht auf principiellen Widerspruch; der wesentliche Inhalt des §. 5 wurde von der Commission angenommen.

Kaiser Wilhelm hatte nach dem Tode des bairischen Generals v. Hartmann eine Marmorbüste desselben anfertigen lassen. Jetzt ist als Seitenstück zu derselben, wie schon erwähnt, eine solche von dem General v. d. Tann bestellt worden. Es ist Dies — wie officiös bemerkt wird — einerseits in Anerkennung der Verdienste der bairischen Generale im letzten Kriege geschehen, zugleich aber auch, um der bairischen Armee den warmen Antheil des obersten Kriegsherrn an dem Heimgange ihres ersten Feldherrn zu bezeugen.

Auf der kaiserlich deutschen Botschaft in Paris fand am Mittwoch Abend eine Generalversammlung des deutschen Hülfsvereins statt, in welcher der Präsident Geh. Legationsrath v. Reither den Jahresbericht zur Verlesung brachte. Der Pariser Correspondent der „Post" benutzt diese Gelegenheit, um die Warnung zu wiederholen, daß unbemittelte Deutsche nicht in so leichtsinniger, unbedachter Weise, wie es leider noch immer vielfach geschieht, nach Paris kommen möchten, in der Hoffnung, dort mit leichter Mühe Arbeit oder Stellungen zu finden. Diese Hoffnungen erweisen sich meistens, ja fast immer als trügerische, und schnell gerathen unsere Landsleute dann in die bitterste Noth und Bedrängniß. Die alte Abneigung gegen alle Deutschen besteht in Paris nach wie vor ungeschwächt. Dem deutschen Hülfsverein aber kommen unausgesetzt hunderte und viele hunderte derartiger Fälle ins Elend gerathener Deutschen vor Augen und trotz alles guten Willens reichen seine Mittel häufig nicht aus, alle solche Deutsche wieder in die Heimath zurückzuschaffen. Möchten doch unsere Landsleute — so schließt diese beherzigenswerthe Mahnung — von dem Wahn lassen, als sei in Paris das Eldorado und dort leicht Arbeit und Verdienst zu finden; möchten sie doch lieber im Vaterlande bleiben, wo sie sicherlich Kräfte und Fleiß eher lohnend verwerthen können als gerade in Paris!

Aus Paris liegen heute telegraphische Meldungen von besonderem Interesse vor. Das von den Intransigenten zum Zweck der Verhinderung der Hinrichtung der wegen Theilnahme am Petersburger Attentat vom 13. März verurtheilten Jesse Helfmann für nächsten Sonntag in Aussicht genommene Meeting ist von den Behörden verboten worden. — Nachrichten aus Algier zufolge haben die französischen Truppen die zur Concentrirung erforderlichen Bewegungen beendet und werden nunmehr unverweilt zum Angriff auf die Hauptposition der Krumirs bei Abdallah Bentjemet vorgehen. — Die Besetzung Bizertas durch die Franzosen scheint in Tunis den tiefsten Eindruck gemacht zu haben. Die Umgebung des Bey räth, Marabouts nach der heiligen Stadt Kerouan zu entsenden, um von dort den heiligen Krieg predigen zu lassen. — Das Decret, welches den Kriegsminister General Farre, obwohl er die gesetzliche Altersgrenze von 65 Jahren erreicht, in der ersten activen Section des Generalstabs erhält und nicht zum Cadre der Reserve übergehen läßt, wird von antirepublikanischer Seite um so mehr lebhaft angefochten, als General Bourbaki unlängst zur Reserve versetzt worden ist, obgleich er als ehemaliger commandirender General einer Armee Anrecht auf Beibehaltung in Activität hatte.

Das Papstthum schickt sich an, den von der Revolution bedrohten Staaten zu Hülfe zu kommen. Leo XIII. hatte seinerzeit anläßlich des Attentates gegen den Kaiser Wilhelm in einer Encyklica die Initiative zur Bekämpfung des Socialismus ergriffen. Neuerdings ist nun, der „Italie" zufolge, Cardinal Jacobini beauftragt worden, sich wegen Herstellung diesbezüglicher Vorkehrungen mit den Cabinetten in Verbindung zu setzen. Leo XIII. fühlt inzwischen das Bedürfniß, sich im Cardinals-Collegium die Mehrheit zu sichern. Bis jetzt zählt nämlich die von Pius IX. befolgte Politik noch 34 Anhänger im Collegium, während nur 28 Cardinäle der Politik Leo's XIII. günstig gestimmt sind. Das Consistorium, welches sich mit der Frage der Ernennung neuer Cardinäle beschäftigen wird, soll denn auch am 13. d. M. zusammentreten. Die Promotion der betreffenden Eminenzen dürfte jedoch erst im September erfolgen.

Wie aus Athen gemeldet wird, erfolgte die Mittheilung der Gesandten der Mächte, daß die Pforte die vorgeschlagene neue Grenzlinie vorbehaltlos angenommen habe, durch eine Collectivnote, welche dem Ministerpräsidenten Komunduros von den Gesandten in corpore überreicht wurde. Am Schluß dieser Note heißt es, daß die Mächte die rasche Erledigung der Angelegenheit sich lebhaft angelegen sein lassen würden.

Der Vertreter Frankreichs in Konstantinopel, Herr Tissot, hat, wie die „Tribüne" aus Paris meldet, sehr bestimmt lautende Instruction erhalten, jeden Versuch der Pforte zur Geltendmachung von Hoheitsrechten politischer Natur auf Tunis zurückzuweisen. Das französische Auswärtige Amt beruft sich darauf, daß die Pforte so wenig als irgend eine europäische Macht dagegen protestirt habe, als die französische Regierung den Ferman des Sultans vom Jahre 1871 für ungültig erklärt habe, weil der Bey von Tunis, wie die Beziehungen der Regentschaft zu Frankreich seit mehr als einem Jahrhundert beweisen, stets eine vollkommene politische Unabhängigkeit, das Recht, Gesandtschaften zu empfangen, Handelsverträge zu schließen, Krieg zu führen, genossen habe. Man hat sich in Paris zunächst versichert, daß England nicht beabsichtigt, dieser französischen Anschauung entgegenzutreten, noch irgendwie die Cirkel Frankreichs an der nordafrikanischen Küste zu stören. Italiens fühlt man sich wegen dessen Geldbedürfnisses sicher. Und der französische Botschafter in Berlin, St. Vallier, hat nach einer eingehenden Besprechung der ganzen Angelegenheit mit dem Fürsten Bismarck gemeldet, daß Frankreich nicht nur, wenn es jetzt eine türkische Intervention in der tunesischen Angelegenheit zuließe, alle bis jetzt errungenen Vortheile wieder aus der Hand gäbe, sondern auch, entschieden zum Verdruß der deutschen Reichsregierung, eine ausschließlich französische Frage in eine allgemein europäische verwandeln würde. Zwischen dem Elysée und dem Ministerium des Auswärtigen einerseits und dem Palais Bourbon andererseits wurde lebhaft hin und her verhandelt, bis die Entscheidung im Sinne Gambetta's fiel und Barthélemy St. Hilaire seine Unterschrift unter die Instruction an Tissot setzte.

Die nihilistischen Kundgebungen in St. Petersburg mehren sich von Tag zu Tag in bedenklichem Umfange: aufrührerische Proclamationen werden im ganzen Reiche verbreitet, sogar in den baltischen Provinzen, die früher davon verschont geblieben waren. Es vergeht kein Tag, ohne daß in Moskau, in Kiew und Odessa, aber auch in ganz kleinen Flecken und Städten Proclamationen der „Narodnaja Wolja" angeheftet oder gefunden werden; in den Militärcasernen hat man sie hinter den Oefen entdeckt. Ferner wurden sie in hölzernen Ostereiern, wie man sonst zum Feste verschenkt, sehr oft gefunden, in Jekaterinoslaw wurden sie in der Osternacht während der Weihe des Osterbrodes im Kirchengarten angeschlagen. In Petersburg haben, wie die „K. Z." berichtet, die meisten hochstehenden Personen in äußerst frechem Tone gehaltene Proclamationen der Nihilisten erhalten, indessen wurde die Gesellschaft, die von Tag zu Tag gleichgültiger wird, nicht besonders dadurch erregt, im Gegentheil, man scherzt darüber. Am 10. März erschien im Petersburger „Herold" eine Anzeige in deutscher Sprache verdächtigen Inhalts, unterzeichnet „Goldstück". Am Schlusse derselben hieß es, und zwar in russischer Sprache: „Dem Hunde den Hundetod". Seit einigen Tagen nun — ein wenig lange her seitdem — verbietet man auf der Stadthauptmannschaft stundenlang die Beamten der Expedition und den Corrector der Anzeigen des Blattes. Die Anzeige soll im Zusammenhang mit dem Mordanfall vom 13. stehen. — Graf Loris Melikow dürfte vorläufig noch auf seinem Posten verbleiben; er hat in der letzten, in Gatschina abgehaltenen Sitzung des Ministerraths einen Erfolg errungen, da der Großfürst Wladimir sich für ihn erklärte.

Aus Stadt und Land.

* Leipzig, 6. Mai. Im Berichte der Rechnungs-Commission des Reichstages, betreffend die Uebersichten der Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reiches für das Etatsjahr 1879—1880, befindet sich unter der Rubrik „Post- und Telegraphen-Verwaltung" eine Mittheilung, welche das Reichspostamt an die Commission gelangen ließ und den Bau des neuen Postdienstgebäudes in Leipzig (Hospitalstraße) betrifft. Die Mittheilung lautet: „Was den Neubau des Postdienstgebäudes in Leipzig anlangt, so bestand bei Aufstellung des Etatsentwurfes für 1880—1881, d. i. im Sommer 1879, die Hoffnung, daß es gelingen werde, diesen Bau bis zum Juli 1880 zu Ende zu führen. Dem entsprechend war vorauszusetzen, daß die bis 1879/1880 bewilligten Mittel, darunter die damals noch zum vollen Betrage verfügbare Rate für 1878/1879, mit Ende des Etatsjahres 1879—1880 aufgebraucht sein würden. Der Bau hat indeß durch Umstände, welche nicht vorhergesehen werden konnten, insbesondere durch die Ungunst der Witterung eine nicht unerhebliche Verzögerung erfahren, und Dies ist die Ursache, daß einerseits die Kostenverausgabung im Etatsjahre 1879—1880 einen langsameren Schritt angenommen hat und daß andererseits die Rechnung über den Bau, dessen Fertigstellung erst zum 1. April 1882 in Aussicht steht, nicht, wie früher erwartet, im Etatsjahr 1880—1881, sondern erst für 1881—1882 aufgestellt werden kann." Die Rechnungs-Commission hat sich bei dieser Mittheilung beruhigt.

* Leipzig, 6. Mai. Der socialdemokratische Reichstagsabgeordnete Auer, Vertreter des Wahlkreises Glauchau-Meerane, hat in jüngster Zeit, was sich ja mit Hülfe der den Mitgliedern des Reichstages gewährten Fahrfreikarten leicht ausführen läßt, eine Reise nach der Schweiz unternommen und ist in einer am 27. April in Genf abgehaltenen Volksversammlung, in welcher namentlich die dort wohnenden Anarchisten aus den verschiedenen Ländern Europas zugegen waren, als Redner aufgetreten. Bemerkenswerth erscheint, daß es Herrn Auer, trotz seines Liebäugelns mit den Nihilisten und obgleich er die „Brüder" im Auslande dringend bat, Schulter an Schulter mit ihm und seinen Parteigenossen zu kämpfen, doch nicht gelingen wollte, den in Genf gesuchten Triumph zu feiern. Zwar versprach er seinen Zuhörern absolute politische Freiheit, wie die Republik sie allein gewähren kann, und verlangte zu diesem Zweck die Organisation der Massen zur Actionspartei, aber Dies und Aehnliches hatten die Genfer Socialdemokraten oft vernommen und das Gericht, welches Herr Auer ihnen vorsetzte, erschien ihnen schaal und mundete nicht. Vergebens waren auch die Versuche des Redners, sich für einen Apostel der Freiheit auszugeben. Er sagte, er sei nach der Schweiz gekommen, um Mißverständnisse zu beseitigen und die Wahrheit zu verbreiten; mehrere seiner Freunde hätten sich nach anderen Städten und Ländern begeben, um dort in derselben Weise für die „gute Sache" zu wirken. Den Genfer Socialisten war Das ungenügend, sie erklärten Herrn Auer für einen „Gemäßigten" — der schlimmste Vorwurf, den ein Demokrat dem Anderen machen kann — und fragten ihn, ob er denn wirklich der Ansicht sei, daß mit seinen Theorien irgend etwas Vernünftiges zu Stande gebracht werden könne. Schließlich — was wir anführen, um zu zeigen, daß es Herrn Auer nicht gelungen war, das Wohlwollen seiner Zuhörer zu gewinnen — interpellirte man ihn in einer rein persönlichen Angelegenheit, indem man ihn um Auskunft über eine Geldangelegenheit ersuchte, die er bisher noch nicht ganz klar gestellt habe. Auf diese Interpellation antwortete Herr Auer kurz und bündig, man habe ihn verleumdet; er helle nicht in Abrede, daß er und verschiedene andere Genossen auf die Unterstützung der Partei angewiesen seien, aber bei einem richtigen Arbeiter könne dieses Verhältniß keinen Anstoß erregen. (!) Den bitteren Vorwurf der Mäßigung suchte Herr Auer dadurch zu widerlegen, daß

SLUB
Wir führen Wissen.